

**MV Zürich fordert:**

## **Jetzt dürfen die Mieten nicht mehr steigen**

Mit drastischen Zinssenkungen will die Nationalbank Konsum und Wirtschaft in Schwung halten und eine Rezession abwenden. Die Zürcher Kantonalbank zieht mit und senkt die Hypothekarzinsen um ein Prozent auf 2.5%. Gut so für die Volkswirtschaft. Gut auch für die Haus- und Wohnungseigentümer.

### **Hypoziinssenkung: Gut für Mieterinnen und Mieter?**

Mieterinnen und Mieter machen drei Viertel der Zürcher Bevölkerung aus. Sie spüren im Moment nichts von den Zinssenkungen. Denn seit September gilt für die Kalkulation ihrer Mieten nicht mehr der Zinssatz der örtlichen Kantonalbank, sondern ein vierteljährlich ermittelter gesamtschweizerischer Durchschnittssatz. Dieser liegt zurzeit bei 3.5%. Obwohl die ZKB-Hypothekarzinsen mit der Senkung ein Jahrhunderttiefe erreichen, wird sich die Zinsreduktion erst Mitte 2009 im Durchschnittssatz niederschlagen und auf die Mieten auswirken.

### **Mieterhöhungen sind Gift für die Konjunktur**

Die Zinskurve zeigt steil nach unten, die Rezession steht vor der Tür. Jetzt darf das verfügbare Einkommen der Miethaushalte auf keinen Fall durch Mietaufschläge geschmälert werden! Jedes Prozent Mieterhöhung im Kanton sind 60 Millionen Franken, die im Portemonnaie der Mieterinnen und Mieter fehlen. Die Liegenschaftenverwaltung der Stadt Zürich geht mit dem guten Beispiel voran: sie hat beschlossen, bei ihren 10'000 Wohnungen für ein Jahr die Mieten nicht zu erhöhen. Letzten Freitag hat auch die FDP des Kantons Zürich im Anschluss an die Hypoziinssenkung durch die ZKB „eine Senkung des Referenzzinssatzes für die Mieten durch das Eidgenössische Volkswirtschaftsdepartement“, gefordert:

### **Hauseigentümer müssen jetzt Verantwortung zeigen**

Jetzt ist es an den Vermietern, volkswirtschaftlich Verantwortung zu zeigen. Der Mieterinnen- und Mieterverband Zürich stellt an sie und an ihre Verbände, den Hauseigentümerverband (HEV) und die Vereinigung Zürcher Immobilienfirmen (VZI) folgende Forderungen:

- keine Mieterhöhungen per 1. April 2009 und Rücknahme bereits angekündigter Erhöhungen
- spürbare Senkung der Mieten bei Mieterwechsel
- umgehende Weitergabe der Zinsreduktionen, sobald der Referenzzinssatz sinkt.

Zusätzlich fordern wir den Regierungsrat auf, sich beim Bundesrat dafür einzusetzen, dass der mietrechtlich massgebende Referenzzinssatz umgehend nach unten angepasst wird. Wenn der Bundesrat per Notrecht der UBS 68 Milliarden Franken Staatshilfe gewähren kann, sollte es ihm auch möglich sein, die Mietrechtsverordnung notrechtlich anzupassen, damit Mieterinnen und Mieter bei den massiven Zinsreduktionen von Nationalbank und Kantonalbanken nicht leer ausgehen.

Zürich. 27. November 2008

Mieterinnen- und Mieterverband Zürich



Niklaus Scherr, Geschäftsleiter (044 296 90 39)